

Dr. Günter Reichert (Bad Honnef)
Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung a. D.
Landesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft,
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Vortrag anlässlich des „Tages der Heimat 2003“ am Sonntag, 21. September 2003, in Bochum

1. Einführung: Der „Tag der Heimat“ im Internet

Als ich mich auf diesen Vortrag vorbereitet habe, wollte ich die Segnungen der neuen Informationstechnologie nutzen und habe im Internet in den populärsten Suchmaschinen unter dem Stichwort „Tag der Heimat“ geblättert. Uns siehe da: bei den großen Suchmaschinen „Google“ und „Yahoo“, die inzwischen eine Einheit bilden, werden etwa 1470 Meldungen zum „Tag der Heimat“ angeboten.

Dahinter verbergen sich aber ganz unterschiedliche Akzente:

Bereits an der 2. Stelle wird auf die Präsentation des Bundes der Vertriebenen verwiesen, wo knapp, aber präzise zu lesen ist: „Als erste Veranstaltung zum Tag der Heimat gilt die Kundgebung vor dem Stuttgarter Schloss am 6. August 1950, bei der die Charta der deutschen Heimatvertriebenen feierlich verkündet wurde. Seitdem finden jährlich bundesweit zahlreiche Veranstaltungen zum Tag der Heimat statt. Die zentrale Festveranstaltung zum Auftakt findet am ersten Wochenende im September in Berlin statt.“

Des Weiteren ist erfreulicherweise festzustellen, dass eine Vielzahl von Rednern zu den einzelnen Veranstaltungen anlässlich des „Tages der Heimat“ in den vergangenen Jahren die Texte ihrer Ansprachen in das Internet gestellt und auf diese Weise eine breitere Öffentlichkeit angesprochen hat. An der Spitze der Suchmaschinen „Google“ und „Yahoo“ steht zum Beispiel die Rede des früheren sächsischen Staatsministers und jetzigen CDU-Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz zum „Tag der Heimat“ im September 2002 in Dresden.

Umgekehrt war der „Tag der Heimat“ für traditionelle und unbelehrbare Gegner der deutschen Heimatvertriebenen stets so wichtig, dass sie das Medium Internet Jahr für Jahr für die Verbreitung ihrer Proteste gegen diese wohl größte wertegebundene Friedensbewegung in Deutschland einsetzten. Dazu gehört etwa die Meldung über den Widerstand gegen eine Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen in Düren zum „Tag der Heimat“ am 9. September 2000, als unter dem Motto "Gegen Naziterror, Rassismus und Revanchismus" rund 150 sogenannte Antifaschisten der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend gegen den Festredner Rüdiger Goldmann demonstrierten, Stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen und langjähriges Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

Erfreulich sind schließlich Meldungen, wonach die Idee des „Tages der Heimat“ sehr oft von Ländern und Kommunen oder – wie hier in Bochum – von heimatvertriebenen und heimatverbliebenen Vereinigungen aufgegriffen wird, um die Traditionen ihrer Heimatregionen zu präsentieren und damit an die Öffentlichkeit und die nachwachsenden Generationen weiterzugeben.

Mit dieser Aufzählung haben wir ein ganzes Bündel von Informationen erhalten, vielfältig und kontrovers. Und ich nutze diesen Einstieg sofort zu einem Appell an Sie alle: Da ich nicht davon ausgehe, dass die Mehrzahl von Ihnen sich mit dem Internet beschäftigt, sollten Sie einmal Ihre Kinder oder sogar die Enkelkinder bitten, gemeinsam mit Ihnen im Internet zu surfen. Geben Sie Ihnen Begriffe aus Ihrer Heimat vor, Ihren Geburtsort, ein bekanntes Ausflugsziel, eine bedeutende Persönlichkeit u.s.w. Auf diese Weise freuen sich sicherlich die Jüngeren, Ihnen zeigen zu können, was sie mit ihrem Computer (den Sie als Großeltern oder Eltern vielleicht sogar Ihren Nachkommen gekauft haben) alles machen können. Sie haben aber dabei gleichzeitig die Möglichkeit, ihren jüngeren Familienangehörigen einen Anstoß zu geben, etwas tiefer in die Geschichte ihrer Familie und ihrer ursprünglichen Heimatregion einzusteigen.

2. Die Bedeutung der Heimat im Bewusstsein der Menschen

Wenn nun an diesen September-Wochenenden sich überall in Deutschland die Heimatvertriebenen – manchmal gemeinsam mit den Heimatverbliebenen – zusammenfinden, so verbindet sie sicherlich eins: die hohe Wertschätzung ihrer Heimat. Wir wissen, dass Heimat Geborgenheit und Zufriedenheit gibt, früher in unser aller Erinnerung wie auch heute in der globalisierten und vernetzten Internetwelt. Damals wie heute ist Heimat Rückhalt für den Menschen und seine Familie. Heimat ist der Ort der Begegnungen, der Nachbarschaften, des solidarischen Miteinanders, des realen, emotionalen und geistigen Zuhause-seins.

Die Heimat haftet einem Menschen mit gewissen Elementen für immer an, zumal sicher dann ganz besonders, wenn er ihr – zum Beispiel aus beruflichen Gründen – fern ist, und noch mehr, wenn er aus ihr mit Gewalt vertrieben wurde.

Heimat – das heißt Geburtsort, Lebensmittelpunkt, Nachbarn, Sprache, Mundart, Gerüche, Speisen, Trachten, Lieder und vieles andere mehr. Heimat prägt den Menschen, macht ihn unterscheidbar, unverwechselbar. Die Heimat ist es, die den Menschen zum Rheinländer oder zum Schlesier, zum Westfalen oder zum Sudetendeutschen macht. Der Kölner – aus Breslau stammende – Kardinal Meißner hat einmal gesagt: *"Die Erde an den Schuhen, mit denen man die Heimat verlassen hat, schüttelt man nicht mehr ab."* Dieses Wort sagt meines Erachtens viel über das Verhältnis Mensch und Heimat aus.

Und in der Charta der Heimatvertriebenen heißt es: *"Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geist zu töten."* Die deutschen Heimatvertriebenen haben den gewaltsamen Verlust von Heimat erlitten. Sie wurden oft über Nacht hinausgeworfen aus Haus und Hof, aus dem Eigentum, aus den gewachsenen Nachbarschaften, aus der natürlichen Bindung zu den Vorfahren, nur weil sie Deutsche waren.

Deshalb gehörten sie auch zu den ersten nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der darauf folgenden Umbrüche und ethnischen Säuberungen, die sich für eine internationale Ächtung jeglicher Vertreibungen auf allen Ebenen eingesetzt haben.

3. Wandlung in der Bedeutung des Begriffs „Heimat“ in einer Gesellschaft, die inneren und zwischenstaatlichen Migrationsbewegungen ausgesetzt ist

Wenn wir uns mit dem Begriff „Heimat“ beschäftigen, müssen wir uns auch mit dem Tatbestand auseinandersetzen, dass sich für die Mehrheit der Menschen in unserem Land und auf unserem Kontinent in den letzten Jahrzehnten grundlegende Veränderungen in ihrem Heimatbezug ergeben haben.

Die Heimatvertriebenen sehen ihre Heimat in Ostpreußen, in Oberschlesien oder in Siebenbürgen – oder noch stärker: in dem unmittelbaren Heimatort und seiner Umgebung, also in Königsberg in Ostpreußen, im Waldenburger Land in Schlesien, in Oppeln in Oberschlesien, in Mährisch Trübau im Schönhengstgau im Sudetenland, in Metzensiefen im Hauerland in der Slowakei oder in Kronstadt in Siebenbürgen in Rumänien. Und daneben haben sie neue Heimatverbindungen aufgebaut, etwa hier in Nordrhein-Westfalen. Sie haben Wurzeln geschlagen in Bochum, in Düsseldorf oder in Bonn. Viele von sind stärker in Vereinen und Gemeinschaften mit Bezug zu ihrem neuen Wohnsitz verankert als in den landsmannschaftlichen Verbänden oder in ihren Heimatortgemeinschaften. Und die meisten von ihnen haben einen weit größeren Teil in der jetzigen Heimat als in der angestammten Heimat verlebt.

Dieser Trend verstärkt sich naturgemäß in der Generationenfolge. Nehmen Sie mich als Beispiel: 5 Jahre in der sudetendeutschen Heimat; nach der Vertreibung ca. 15 Jahre in Oberfranken; und jetzt über 40 Jahre Studium und Beruf im Rheinland, wo ich auch meinen Ruhestand erleben werde.

Bei den deutschen Heimatvertriebenen liegen also mehrere Heimatebenen über- und nebeneinander. Dabei ist es ein Teil der jeweils individuellen persönlichen Ausprägung, welches Heimatbewusstsein in welchem Ausmaß und bei welcher Gelegenheit im Vordergrund steht. Und die extremen Ausformungen eines derartigen unterschiedlichen Heimatempfindens sind uns allen bekannt: sie reichen von dem auch heute noch sich bei jeder Gelegenheit und in jeder Hinsicht als Ostpreuße, Pommer oder Sudetendeutscher bekennenden Mitbürger etwa in Bochum bis zu denjenigen Schicksalsgefährten, die mit ihrer angestammten Heimat nichts mehr zu tun haben wollen, zum Beispiel einer Fußballmannschaft im bayerischen Waldkraiburg (einer Vertriebenenensiedlung), deren 11 Mitglieder ausschließlich aus sudetendeutschen Familien stammen, die in einer Fernsehreportage jedoch alle stereotyp wiederholten: Ich bin ein Bayer.

Aber nicht nur die Vertriebenen verändern sich in ihrem Heimatbezug, auch ihre jeweilige Heimat verändert sich.

Blicken wir zunächst einmal auf unsere sogenannte „neue Heimat“ hier im Rheinland, in Bochum oder im Ruhrgebiet. Welche Veränderungen wurden hier vorgenommen, welche wirtschaftliche Umstrukturierung, welche Zersiedelung, welche Landschaftsveränderung – denken wir nur an die Stadtgestaltungen, an Verwaltungshochhäuser, an Autobahnen, an Skihallen auf Kohleabraumhalden.

Versetzen wir uns doch einmal in die Gedankenwelt der ursprünglichen Bochumer oder der Familien der Kumpel im Ruhrgebiet. Sie mussten es nach den unmittelbaren Zerstörungen und Verwerfungen im Krieg oder zum Kriegsende zunächst ertragen, dass mit den Vertriebenen eine völlig neue und andersartige Bevölkerung in ihrem vertrauten Umfeld angesiedelt wurde; die neuen Arbeitskräfte aus dem Osten waren zuerst Kollegen und wurden mit dem Niedergang des Bergbaus Konkurrenten.

Und niemand kann den jüngeren Bürgerinnen und Bürgern dieser Region mit Gewissheit sagen, ob die wirtschaftliche Umstrukturierung gelingen und genügend Arbeitsplätze vorrätig halten wird. Wird diese Region – wie sie sich nun herausgebildet hat und weiter verändern wird – von den verschiedenen genannten Zielgruppen noch oder neu als Heimat, als ihre Heimat empfunden? Die eingewohnten Bochumer, Gelsenkirchener oder Herner sicherlich; aber ich gehe davon aus, dass auch viele von den nach 1945 zugezogenen Neubürgern aus den deutschen Siedlungsgebieten im Osten und ihre Nachkommen sich gewaltig zur Wehr setzen würden, wenn man ihnen hier ein – mit den Alteingesessenen gleichberechtigtes – Heimatrecht verwehren wollte.

Bei diesem Gedankengang drängt sich zwangsläufig der Blick in die sogenannte „alte Heimat“ der Vertriebenen auf. Die Menschen, die dort ein originäres Heimatrecht haben, wurden in den Jahren 1945/46 bis auf wenige Ausnahmen vertrieben. Es wurden dort – zumeist in vollständig entleerte Städte und Dörfer – Menschen neu angesiedelt, oft gegen ihren Willen, in der Regel ohne individuelle Schuld oder Mitverantwortung für die dort vorgenommenen – zum Teil grausamen – ethnischen Säuberungen und völkerrechtswidrigen Enteignungen. Sie haben dort vom Staat Wohnraum zugewiesen bekommen und zum Teil noch unter kommunistischer Herrschaft, zum Teil nach der Wende im Rahmen der Privatisierung Grund und Haus erwerben können. Sie leben dort zum Teil in der zweiten, zum Teil in der dritten Generation. Sie haben ebenfalls ihre Städte und Landschaften umgestaltet, nicht in dem Umfang wie wir hier in Deutschland und nach unserem Empfinden mit noch weniger Verantwortung gegenüber dem baugeschichtlichen Erbe als wir es hier sehr oft gemacht haben. Die Menschen in unserer angestammten Heimat empfinden sich dort ganz selbstverständlich als Inhaber eines Heimatrechts. Dieses Empfinden hat die deutsche Politik und haben insbesondere die Repräsentanten der deutschen Heimatvertriebenen bei ihren Aussagen und bei ihrem politischen Handeln zu berücksichtigen, wenn sie richtig verstanden werden wollen und wenn sie zukunftsfähige Lösungsansätze entwickeln wollen.

4. Einbeziehen der Betroffenen in die bilateralen Beziehungen

Ich habe diese Gedanken über das individuelle Heimatempfinden bzw. über das Empfinden von heimatverbliebenen, heimatvertriebenen oder neu angesiedelten Gemeinschaften bewusst in den Vordergrund gestellt und nicht das mehr oder weniger völkerrechtlich abgesicherte Recht jedes Menschen oder jeder Volksgruppe und jedes Volkes auf seine oder ihre Heimat. Dies sollte nicht nur zum Nachdenken in den Reihen der deutschen Vertriebenen – also aus meiner Sicht in den eigenen Reihen – anregen.

Dies sollte auch ein Hinweis an die politisch handelnden und publizistisch beobachtenden Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und in den betroffenen östlichen und südöstlichen Ländern sein, dass man Probleme zwischen Staaten, die Auswirkungen auf die Menschen haben, nicht einfach zwischen zwei Regierungen oder aufgrund irgendwelcher innerstaatlichen Dekrete oder Gesetze bzw. zwischenstaatlicher oder internationaler Rechtsprinzipien ohne die aktive Mitgestaltung durch die betroffenen Menschengruppen lösen kann. Der sudetendeutsche Publizist Peter Becher hat dies in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (20. 08. 2001) unter dem Titel „Mehr als zwei Seiten“ wie folgt umrissen: *„wie einfach wären die deutsch-tschechischen Beziehungen, wenn es nur zwei Seiten gäbe und einen Blick auf die Vergangenheit. Alles ließe sich klar benennen und zuordnen, in den Vitrinen der Geschichte ebenso wie auf den Diplomantischen der Gegenwart.“* Aber so ist es eben nicht.

Da können durch Regierungen und Parlamente deutsch-polnische oder deutsch-tschechische Verträge abgeschlossen und ratifiziert oder Erklärungen unterzeichnet werden, die selbstverständlich ihre Gültigkeit haben; das bedeutet: sie stehen in einem freien demokratischen System nicht außerhalb der Kritik, aber jeder hat sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten. Wenn derartige Verträge und Erklärungen aber an den Realitäten oder Empfindungen der betroffenen Menschen vorbeigehen, sie oft überhaupt nicht berücksichtigen oder sogar verfälschen, dann schafft man keine Befriedung, sondern neuen Unfrieden.

Und aus der Sicht der Betroffenen sowohl in den Staaten Ostmitteleuropas als auch aus der Sicht der deutschen Heimatvertriebenen gibt es eine Reihe von Fragen zu lösen. Sie sind bereit, dafür Vorbereitungen zu treffen, in unmittelbare Gespräche mit den Repräsentanten der anderen Völker einzutreten. Warum beziehen die Regierungen die verantwortlichen und verantwortungsbewussten Kräfte der deutschen Heimatvertriebenen nicht in ihre Kontakte mit den benachbarten Staaten ein? Warum empfindet man gerade die Bevölkerungsgruppen, die man zur Zeit des Ost-West-Konflikts mit ihren moralischen und juristischen Argumenten gut gebrauchen konnte und die über die Jahrzehnte hinweg zu den immer weniger werdenden unbeugsamen Mahnern für eine Überwindung der deutschen und der europäischen Teilung gehörten – warum empfindet oder brandmarkt man sie heute als Störfaktor im europäischen Verständigungs- und Integrationsprozeß? Wieso werden die deutschen Heimatvertriebenen, die ein halbes Jahrhundert nahezu allein waren in der Kontaktpflege von Mensch zu Mensch über den Eisernen Vorgang hinweg, heute aus den offiziellen Kontaktebenen zwischen Deutschland und Polen oder Tschechien gerne ausgegrenzt, während dort jetzt solche Persönlichkeiten aus Deutschland das Wort führen, für die vor der Wende Prag, Reichenberg oder Brünn wirklich nur „böhmische Dörfer“ waren?

Die deutschen Heimatvertriebenen fordern von jeder Regierung der Bundesrepublik Deutschland – diese Formulierung ist mit Bedacht gewählt, denn in der angesprochenen Thematik ist kaum ein Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Bundesregierung zu erkennen – und von den Regierungen der Bundesländer, dass sie in ihre Gespräche und Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten die jeweiligen Repräsentanten der deutschen Heimatvertriebenen einbeziehen, ihre Sachkenntnis und ihr Erfahrungswissen nutzen, und deren ungelöste Probleme offen auf den Diskussions- oder Verhandlungstisch legen. Nur so kann ein dauerhaftes partnerschaftliches Verhältnis zwischen den Völkern herbeigeführt werden, das erst eine dauerhafte Wirkung des Inhalts von geschlossenen Verträgen oder vereinbarten Erklärungen gewährleistet. Wir fordern Integration, nicht Isolation.

5. Ächtung aller Vertreibungen

Die erste und zentrale politische Position des Bundes der Vertriebenen und aller seiner Mitgliedsverbände und deren Gliederungen ist die Ächtung jeglicher Vertreibungen, die Ächtung jeglicher heute sogenannter „ethnischer Säuberungen“. Die deutschen Heimatvertriebenen wollen ihre Erfahrungen oder die vertiefte wissenschaftliche, politische und publizistische Beschäftigung mit der Vertreibung dazu nutzen, dass die Unteilbarkeit der grundlegenden Menschenrechte weltweit erkannt wird und eine Solidarität aller Opfer entsteht. Deshalb verharren sie nicht in der Erinnerung an das selbst erlittene Unrecht, sondern sie wollen sich auch mit vergleichbarem Unrecht beschäftigen. Andere Völker und Volksgruppen, die heute – zum Teil mit unveränderten Methoden – das gleiche Schicksal von Vertreibungen, ethnischen Säuberungen oder Abschiebungen erleiden, verdienen unseren ganz besonderen Einsatz. In diesem Aufgabengebiet liegt vor allem eine Chance, die jüngere Generation anzusprechen und für solidaritätsstiftende Aktionen zu gewinnen.

Wir haben als Deutsche und auch als deutsche Heimatvertriebene nicht gezögert, uns zu unserem Anteil an derartigen Aktionen des Völkermords oder an anderen Verletzungen der Nachbarvölker zu bekennen und dafür um Vergebung zu bitten.

Um so mehr bedrückt es uns alle, dass derartigen Bekenntnissen der deutschen Seite, in der sich die Täter- und Opferrolle vereint, die begleitet wurden von vielen Aussagen von Historikern oder kirchlichen Repräsentanten, kein oder kaum ein offizielles Echo in Beschlüssen und Erklärungen der Regierungen und Parlamente der Staaten finden, aus denen die deutschen Volksgruppen nach 1945 vertrieben worden sind. Ganz im Gegenteil: immer wieder wird sogar argumentiert, dass die Vertreibungsaktionen durch die deutschen Untaten gegenüber den Völkern im Osten Europas gerechtfertigt und von den Potsdamer Beschlüssen sanktioniert worden seien. Stimmen wie die des früheren tschechischen Präsidenten Vaclav Havel blieben deshalb einsame Rufe in der Wüste und ohne Wirkung.

Da die deutschen Heimatvertriebenen bereits fünf Jahre nach ihrem fürchterlichen Schicksal mit ihrer wegweisenden Charta die Kraft zu einer versöhnlichen Botschaft hatten, haben sie auch das Recht, fast fünfzehn Jahre nach der politischen Wende von den Staaten im Osten Europas gleichartige Verkündungen anzumahnen.

Auf dem Weg in ein größeres Europa, das an der bisher erreichten gemeinsamen Rechtsordnung zur Sicherung unseres abendländischen Wertekanons festhält, ist es überdies notwendig, von allen Staaten eine eindeutige Verpflichtung einzufordern, dass jegliche Form von Vertreibungen, seien sie ethnisch, religiös oder sozial motiviert, geächtet werden und aus der Methodensammlung der nationalen und internationalen Politik verbannt bleiben müssen.

Deshalb haben sich sowohl die Sudetendeutsche Landsmannschaft als auch der Bund der Vertriebenen bei den Verhandlungen mit den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten über den Beitritt zur Europäischen Union intensiv dafür eingesetzt, dass die Benes-Dekrete in der Tschechischen Republik oder die Bierut-Dekrete in der Republik Polen vollständig aufgehoben werden, die damaligen Rechtsverletzungen geheilt werden und keinerlei Rechtsfolgen mehr haben dürfen. Es ist höchst bedauerlich, dass der Aufnahmebeschluss für diese Staaten vollzogen wurde, ohne diese Forderung, die auch mehrfach vom Europäischen Parlament erhoben wurde, durchzusetzen. Beide Staaten werden am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union sein. Dann werden alle Beteiligten – die Betroffenen, auch die jetzt noch in ihrer Heimat lebenden Minderheiten, und die europäischen politischen und rechtlichen Instanzen – zu prüfen haben, ob wirklich alle Bürger der Europäischen Union bzw. der polnischen und tschechischen Republiken die gleichen Rechte haben oder ob es weiterhin Diskriminierungen aufgrund völkerrechtswidriger und menschenrechtswidriger Dekrete in diesen Staaten gibt.

In diesem Zusammenhang ist auch die Initiative der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, so lobenswert, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin unter Einbeziehung aller vergleichbaren Schicksale in Europa und er Welt zu gründen.

Gleichzeitig bin ich aber erstaunt darüber, dass nun solche Persönlichkeiten in Deutschland, Polen oder Tschechien sich gegen ein derartiges Projekt wenden und dieses unter dem Stichwort „Europäisierung“ in ein anderes Land verlagern möchten, die immer als Gegner der Aufarbeitung der Vertreibungsschicksale oder – wie im Fall des tschechischen Ministerpräsidenten Spidla – sogar als Bewunderer der Vertreibung der Sudetendeutschen als europäisches Friedenswerk in der Öffentlichkeit bekannt waren. Sie hätten doch über ein Jahrzehnt hinweg die Möglichkeit gehabt, ein derartiges europäisches Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten! Warum haben sie das nicht getan? Und was hätten diese Leute für einen Aufstand gemacht, wenn ein BdV-Präsident die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Breslau oder in Reichenberg vorgeschlagen hätte? Ich bekenne ganz offen: ich habe selten eine kuriosere Debatte erlebt wie um dieses Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin.

Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ soll ein wichtiger Transmissionsriemen für das weltweite Ächten von Vertreibungen oder ethnischen Säuberungen sein. Wir bitten die Bundesregierung, wir bitten die Bundesländer, wir bitten die Kommunen dringend um ihre ideelle und materielle Unterstützung für dieses Projekt, das als Keimzelle für eine friedliche und vertrauensvolle Entwicklung für alle Völker und Volksgruppen wirken will.

In diesem Zusammenhang bedanken wir uns aber auch ausdrücklich bei den deutschen Bundesländern, die im Bundesrat am 11. Juli 2003 beschlossen haben, den 5. August zum "Nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung" zu bestimmen. Am 5. August 1950 wurde bekanntlich die Charta der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet, die neben der Absage an jegliche Gewalt und dem Bekenntnis zum Wiederaufbau und zum Recht auf Heimat bereits damals die Vision eines geeinten Europas enthielt, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Wir hoffen sehr, dass die anderen staatlichen Organe diese Initiative aufgreifen und sich damit zu der Verpflichtung bekennen, Vertreibungen auf jeden Fall zu ächten und allen Menschen ihr Recht auf ihre Heimat zu gewährleisten.

6. Mitgestaltung bei dem Wiederaufbau und der Ausformung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der Heimat

Der Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten, aus denen ein großer Teil der deutschen Heimatvertriebenen stammt, zur Europäischen Union zum 1. Mai 2004 ist vielfach mit Enttäuschungen verbunden, er enthält aber auch große Chancen. Leider lassen die staatlichen Kontakte bislang nicht erwarten, dass in diese neuen Beziehungen die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen – seien sie materieller oder historisch-kultureller Art – eingebunden werden. Aber die Chance wird in den vielen Begegnungen liegen zwischen den seit 50 Jahren neuen Bürgerinnen und Bürgern der Heimatregionen der Deutschen in den ostmitteleuropäischen Staaten und den ehemaligen Bewohnern, die ihre Treue zur Heimat durch Besuche, Kontakte und Hilfe vor Ort dokumentieren. Diese Ostpolitik von Mensch zu Mensch oder die „Volksdiplomatie von unten“, wie es der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker einmal genannt hat, ist offener, ehrlicher und wirksamer als die großen, aber letztlich leeren Gesten und Deklarationen der Staatsführer.

Diese Erfahrungen haben wir im Westen Europas über die Jahrzehnte hinweg machen können durch ein Geflecht von Partnerschaften der Kommunen, von Bildungseinrichtungen, Sportverbänden oder durch Jugendaustausch. Auch wenn die historischen Erfahrungen sehr unterschiedlich sind, denn im deutsch-französischen Verhältnis gibt es eben keine Millionen von Heimatvertriebenen, so können wir daraus doch viele Anregungen für unsere Bemühungen im Osten ableiten.

Als ein Beispiel will ich die Städtepartnerschaften in Verbindung mit den – teilweise verkümmerten – Patenschaften deutscher Städte über die Heimatvertriebenen-Kommunen bzw. ihre Bürger aufgreifen. Im Heimatkreis meiner Familie, in Braunau in Ostböhmen – dem heutigen Broumov, wurde so etwas wie eine „Dreiecks-Partner-Patenschaft“ unterzeichnet.

Die Patenstadt der Braunauer, die fränkische Kreisstadt Forchheim, ist – auf Anregung und mit voller Mitwirkung des Heimatkreises Braunau – eine Partnerschaft mit der jetzt tschechischen Stadt Broumov/Braunau eingegangen. Und ein wesentliches Ziel und eine beiderseitige Verpflichtung in dieser Partnerschaft ist es, die historischen und kulturellen Wurzeln und Zeugnisse der deutschen Braunauer in der Heimat zu pflegen und weiterzuentwickeln. Für beide Stadtoberhäupter und ihre Gremien bereitete es keine Probleme, dass in der Urkunde neben der tschechischen Bezeichnung Broumov die deutsche Bezeichnung Braunau steht, und zwar im deutschen wie im tschechischen Text. Dies alles war möglich, weil es ein Jahrzehnt lang eine offene, nichts verschweigende, aber mit dem Ziel der partnerschaftlichen Verständigung geführte Kontaktpflege zwischen „alten“ und „neuen“ Braunauern gegeben hat.

Vielleicht kann das Beispiel der Patenschaft der Stadt Forchheim über Stadt und Landkreis Braunau in Verbindung mit der Partnerschaft der Städte Forchheim und Broumov/Braunau unter Einbeziehung des Heimatkreises Braunau aber auch eine Anregung und Ermunterung sein, manche brachliegende Patenschaft deutscher Städte über Kommunen in früher deutschen oder deutsch besiedelten Gebieten und ihre Bürgerschaft neu zu positionieren.

Diese Anregung sollte von den Heimatvertriebenen kommen. Sie sollten darstellen, welche gewinnbringenden Entwicklungen damit verbunden sein könnten: Zusammenarbeit der Heimatstuben mit den heimatlichen Museen und Bibliotheken, Kooperation oder gegenseitige Einladung von Kulturgruppen, Informationen über die unterschiedliche Betrachtungsweise mancher geschichtlicher Ereignisse unter Einbeziehung der jeweiligen Volkshochschulen, gegenseitige Besuche von Schulklassen und Sportvereinen – der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Wie ich der Einladung zu dieser Veranstaltung entnehme, hat sich in diesem Jahr die Übernahme der Patenschaft durch die Stadt Bochum über den ostpreußischen Kreis Neidenburg zum 50. Mal gejhrt. Ich kann nicht überblicken, wie intensiv diese Patenschaft gelebt wird, aber vielleicht sollten die Ostpreußen in Bochum gemeinsam mit der Führung der Neidenburger einmal mit den verantwortlichen der Stadt Bochum erörtern, auf welche Weise in einer gemeinsamen Aktion die Verbindungen zur heutigen Region um die Stadt Neidenburg, dem heutigen Nidzica, hergestellt bzw. vertieft werden könnten. Ich sehe in derartigen Projekten vor allem die Möglichkeit, die nachwachsenden Generationen sowohl der Heimatvertriebenen aus dem ostpreußischen Neidenburg als auch der Einheimischen aus Bochum in einem überschaubaren Bereich an der deutschen Geschichte in Ostmitteleuropa zu interessieren und gleichzeitig an dem Einigungsprozess in Europa engagiert mitzuwirken.

Dann hätte auch der „Tag der Heimat“ ein Chance, generationenübergreifend wahrgenommen zu werden. Denn wir wollen ein sicheres und friedvolles Leben in unserer jeweiligen Heimat nicht nur für uns selbst sichern, sondern insbesondere für die nachfolgenden Generationen. Ihnen sollen Diskriminierung, Vertreibung und Enteignung erspart bleiben. Dafür lohnt sich unser aller Einsatz. Dafür einzutreten, rufe ich Sie alle auf!